

**»Schröders Chancen steigen« – »Steigende Chancen
für Erhard«***
**Demoskopische Politikberatung in der Entscheidung um die
Kanzlernachfolge Konrad Adenauers im Frühjahr 1963**

Von Norbert Grube

1. Zeithistorischer Forschungsstand und Fragestellung

1.1 Konsens der zeithistorischen Forschung

Die Vorgänge um den Rücktritt Konrad Adenauers vom Amt des Bundeskanzlers und die Nominierung Ludwig Erhards zum Nachfolger durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 23. April 1963 sind historisch fundiert dargestellt – nicht zuletzt durch vier große Biographien über die politischen Protagonisten der CDU in der westdeutschen Nachkriegszeit. In dieser Frage hat sich die zeitgeschichtliche Forschung inzwischen auf folgenden Konsens eingestellt: Adenauer musste nach dem Verlust der absoluten Mehrheit bei der Bundestagswahl 1961 nicht nur eine Koalition mit der FDP eingehen, zwei Tage nach der Wahl gab er im CDU-Bundesvorstand auch die Zusicherung ab, zur Mitte der Legislaturperiode als Bundeskanzler abzutreten.¹ Mit der »Spiegel«- und Koalitionskrise im Spätherbst 1962 verstärkten sich Gerüchte und Spekulationen über Adenauers genauen Rücktrittszeitpunkt, die schon in den Jahren zuvor latent umgingen, am heftigsten 1959 während Adenauers Kandidaturpläne für das Amt des Bundespräsidenten.²

* Die genannten Zitate erschienen als Überschriften in verschiedenen Zeitungen. Dass »Schröders Chancen steigen«, meldeten regionale Tageszeitungen am 25. März 1963 unter Berufung auf Umfrageergebnisse des Instituts für Demoskopie Allensbach. »Steigende Chancen für Erhard« leitete eine dpa-Meldung ein, die in mehreren regionalen Tageszeitungen und in der FAZ am 20. April 1963 erschien und auf EMNID-Werten beruhte.

1 Vgl. Adenauer: »Stetigkeit in der Politik«, *Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 16), bearb. v. Günter BUCHSTAB, Düsseldorf 1998, S. 7, 46.

2 Hans-Peter SCHWARZ, *Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963* (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 3), Stuttgart, Wiesbaden 1983, S. 286f.; DERS., *Adenauer. Der Staatsmann 1952–1967*, Stuttgart 1991, S. 710–715; 771; Volker HENTSCHEL, *Ludwig Erhard. Ein Politikerleben*, München, Landsberg a.L. 1996, S. 403, 406f.; Henning KÖHLER, *Adenauer. Eine politische Biographie*, Frankfurt/M., Berlin 1994, S. 1206–1211. Zum Verhältnis Schröder–Erhard vgl. Torsten OPPELLAND, *Gerhard Schröder (1910–1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession* (Forschungen und Quellen zur Zeit-

Zugleich wurden die Debatten um seine Nachfolge in der CDU/CSU, aber auch in den Medien, verschärft geführt. Ludwig Erhard schien – wie all die Jahre zuvor – einer der aussichtsreichsten Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers zu sein. Doch Adenauer hielt den Wirtschaftsminister und -fachmann bis zuletzt für ungeeignet zur Führung einer von der Volkspartei CDU gestellten Bundesregierung und lehnte eine Kanzlerschaft Erhards vehement ab.

In der Union mehrten sich allerdings die Stimmen, die auf eine Regelung der Kanzlernachfolge im Frühjahr 1963 drängten angesichts der verlorenen Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 17. Februar und des Verlusts der absoluten Mehrheit bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 31. März. Vor der anstehenden Landtagswahl in Niedersachsen wollten besonders niedersächsische Unionspolitiker rasch die Nachfolge klären, weil sie sich davon ein Ende der Wahlniederlagen für die CDU versprachen. Zahlreiche Unions-Abgeordnete fürchteten sogar schon für die Bundestagswahl 1965 den Verlust der Mehrheit und ihres Parlamentsmandats, wenn der lähmende Streit um das politische Erbe Adenauers andauerte. Sie unterstützten Erhard mit seinen Kanzlerambitionen, dem als Symbol des Wirtschaftswunders der Ruf einer Wahllokomotive vorauselte.

Bereits am 5. März beauftragte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihren Vorsitzenden Heinrich von Brentano mit der Sondierung der Nachfolgekandidaten. Ihm zur Seite gestellt wurden wenig später CDU-Bundesgeschäftsführer Josef-Hermann Dufhues und Franz Josef Strauß (CSU), während Adenauer wie üblich seinen mehrwöchigen Osterurlaub im norditalienischen Cadenabbia antrat. Hier frondierte der 87jährige gegen Erhard, konnte sich allerdings auch nicht eindeutig für einen anderen Kandidaten entscheiden. An Autorität einbüßend blieb er am Ende machtlos gegen die Willensbildung der Unionsfraktion zugunsten Erhards.

1.2 Demoskopie und Politikberatung in der Kanzlernachfolgedebatte – Fragestellungen, Forschungsstand und Quellen

Die Nominierung Erhards durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 23. April 1963 ging auf Kosten anderer Kanzleranwärter aus der CDU, etwa Eugen Gerstenmaiers oder Gerhard Schröders. Der Meinungsbildungsprozess bis dahin war u. a. geprägt durch Medieneinflüsse, geschickt lancierten Umfrageergebnissen und demoskopischer Beratung. Schon 1965 behauptete Gerhard

geschichte, 39), Düsseldorf 2002, S. 506–518. Eher auf parteigeschichtlicher Ebene mit dem Fokus auf dem Konfessionsproporz innerhalb der Union analysiert den Kanzlerwechsel: Frank BÖSCH, *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969*, Stuttgart, München 2001, S. 346–364.

Schmidtchen, langjähriger leitender Mitarbeiter am Allensbacher Institut für Demoskopie: »Bundestagspräsident Gerstenmaier oder Bundesaußenminister Schröder wäre wahrscheinlich der Nachfolger von Adenauer geworden, – wenn es keine Meinungsforschung gäbe.«³

Diese pointierte These über den demoskopischen Einfluss auf die Kanzlernominierung Erhards griff die Zeitgeschichte ebenso wenig auf wie allgemein die kontroverse Auseinandersetzung aus den 50er und 60er Jahren über die politische Funktion der Umfrageforschung oder die neueren Erkenntnisse der Publizistikwissenschaft hierzu.⁴ Nur wenige Untersuchungen über die Kanzlernachfolge Adenauers berücksichtigen die Rolle der Demoskopie, allerdings häufig nur am Rande.⁵ Dagegen steht die Bedeutung der Demoskopie während der Kanzlernachfolgedebatte im Frühjahr 1963 im Zentrum dieses Aufsatzes. Die veröffentlichten Ergebnisse der Repräsentativbefragungen waren besonders im März und April 1963 viel beachtet: einerseits sicherlich von der politisch interessierten Bevölkerung, andererseits gerade von vielen Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, weil sie sich von dem Kanzlerkandidaten mit dem größten Rückhalt in der Bevölkerung auch einen Sog-Effekt für die Bundestagswahl 1965 versprochen. Wenn die historische Forschung die Rolle der Demoskopie in dieser Frage berücksichtigt, stürzt sie sich häufig unreflektiert und ohne Kenntnis der Zusammenhänge auf die Ergebnisse der sogenannten Abstimmungsfragen nach dem besten Nachfolger Adenauers. So schreibt zum Beispiel Daniel Koerfer über die Beratung Adenauers durch das Allensbacher Institut und Erich Peter Neumann: »Als ihm [Adenauer] bei seinem Frühjahrsurlaub in Cadenabbia Erich Peter Neumann aus Allensbach die Ergebnisse der jüngsten Meinungsumfrage vorlegte, in denen Erhard wieder deutlich gestiegene Popularitätswerte attestiert wurden, bemerkte der Alte Herr voller Kampfesmut: ›Den bringe ich schon auf Null!‹«⁶

3 Gerhard SCHMIDTCHEN, *Die befragte Nation. Über den Einfluss der Meinungsforschung auf die Politik*, Frankfurt/M. 1965, S. 9, Taschenbuch-Ausgabe.

4 Kritisch zur politischen Funktion der Umfrageforschung: Ludwig VON FRIEDEBURG, *Zum politischen Potential der Umfrageforschung*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 13 (1961) Heft 2, S. 201–216; Jürgen HABERMAS, *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, 2. Aufl., Neuwied/Berlin, 1976, S. 286. Kaum von der Zeitgeschichte rezipiert wurde Wolfgang DONSBACH, *Die Rolle der Demoskopie in der Wahlkampf-Kommunikation. Empirische und normative Aspekte der Hypothese über den Einfluss der Meinungsforschung auf die Wählermeinung*, in: *Zeitschrift für Politik*, 31 (1984) Nr. 4, S. 388–407.

5 Klaus GÜNTHER, *Der Kanzlerwechsel in der Bundesrepublik. Adenauer – Erhard – Kiesinger* (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, 75), Hannover 1970, S. 67–70. T. OPPELLAND (wie Anm. 3), S. 513 handelt die Rolle der Demoskopie in einer Fußnote ab.

6 Daniel KOERFER, *Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*, Stuttgart 1987, S. 737. Ähnlich: Jess M. LUKOMSKI, *Ludwig Erhard. Der Mensch und der Politiker*, Düsseldorf

Koerfers Aussage⁷ enthält eine Reihe von fehlerhaften Passagen, die schon bei näherem Hinsehen auffallen müssen. Erstens hätte Neumann mit dem ihm zur Verfügung stehenden Fundus an Allensbacher Daten dem Bundeskanzler wohl kaum Zahlen des konkurrierenden Bielefelder EMNID-Instituts vorgelegt. Zweitens wiesen die Allensbacher Daten – wie noch zu zeigen ist – keinen Anstieg der Umfragedaten für Erhard, sondern für seinen potentiellen Gegenkandidaten um die Kanzlernachfolge, Gerhard Schröder, aus. Drittens ging es nicht um Popularitätswerte, sondern um Umfragedaten, welcher Politiker der CDU/CSU nach Ansicht der Bevölkerung in der Mitte der vierten Legislaturperiode dem scheidenden Bundeskanzler Adenauer folgen sollte. Schließlich ist es bei diesem fehlerhaft rekonstruierten Zusammenhang unwahrscheinlich, dass das vielfach kolportierte Zitat Adenauers, er wolle Erhard auf Null bringen, gegenüber Erich Peter Neumann gefallen ist. Elisabeth Noelle-Neumann hält es glatt für eine Erfindung.⁸

Neue, unbeachtete Quellen liefern Aufschluss über demoskopische Einflüsse zur Diskussion um Adenauers Nachfolge im Frühjahr 1963. Hier sind zunächst zu nennen zahlreiche politische Umfrageberichte, die das Institut für Demoskopie Allensbach seit 1950 bis heute ununterbrochen im Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung verfasst.⁹ Diese Berichte aus dem relevanten Zeitraum standen dem Verfasser uneingeschränkt zu Verfügung. Neben dem Allensbacher Institut erhob auch das Bielefelder Umfrageinstitut EMNID im Auftrag des Wirtschaftsministeriums Repräsentativ-Befragungen zur Kanzlernachfolge. Die Umfragedaten von EMNID sind dem Allensbacher Zeitungsausschnittsarchiv (ZAS) entnommen, teilweise liegen sie abgedruckt vor in zwei autobiographisch geprägten Büchern des EMNID-Gründers Karl-Georg Freiherr von Stackelberg.¹⁰ Schließlich und vor allem

1965, S. 252; H.-P. SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann* (wie Anm. 3), S. 831; H. KÖHLER (wie Anm. 3), S. 1209; V. HENTSCHEL (wie Anm. 3), S. 418.

8 In Anmerkung 101 nennt Koerfer als Beleg für die vermeintlich gestiegenen Popularitätswerte für Erhard: »Vgl. dpa-Meldung vom 12.3.1963: bundeswirtschaftsministerium – 46 % fuer erhard nach juengsten umfragen des emnid-institutes.« D. KOERFER (wie Anm. 7), S. 864.

8 Elisabeth NOELLE-NEUMANN, *Adenauer in der öffentlichen Meinung*, in: *Nach-Denken. Über Konrad Adenauer und seine Politik*. Internationales wissenschaftliches Symposium am 27. April 1992 aus Anlass des 25. Todestages von Konrad Adenauer, Bonn, Berlin 1993, S. 94–100, hier S. 95. Das Zitat hat Neumann auch nicht notiert in seiner Gesprächsaufzeichnung, »Am 29. März 1963 bei Adenauer in Cadenabbia«.

9 Die entsprechenden Untersuchungen des Instituts für Demoskopie liegen im Allensbacher Archiv vor: Bonner Berichte, »Die Stimmung im Bundesgebiet«.

10 Allensbacher Archiv (AllA), Zeitungsausschnittsammlung (ZAS). Diese ZAS enthält Presseartikel zur Demoskopie seit 1947. Allein mit Bezug auf das Allensbacher Institut beläuft sich der Bestand auf sechs laufende Regalmeter bzw. 64 hochformatige Belegbücher. Zu EMNID vgl. Karl Georg von STACKELBERG, *Souffleur auf politischer Bühne. Von der Macht der Meinungen und den Meinungen der Mächtigen*, München 1975,

füßt der Aufsatz auf Quellen aus dem Nachlass von Erich Peter Neumann, der von 1950 an bis zu seinem Tod 1973 den Großteil der politischen Umfrageberichte im Allensbacher Institut verfasste und damit Konrad Adenauer als Berater diente. Die Möglichkeit, diesen Nachlass zu archivieren, verdanke ich Elisabeth Noelle, die 1947 das Allensbacher Institut mit maßgeblicher Hilfe Neumanns, ihres 1973 verstorbenen Mannes, gegründet hatte und bis heute leitet.¹¹ Ein zentrales Dokument für das Thema dieses Aufsatzes ist Neumanns Bericht »Am 29. März 1963 bei Adenauer in Cadenabbia«, in dem er das Gespräch mit dem Bundeskanzler über die Kanzlernachfolge aufzeichnete, gut drei Wochen vor der Benennung Ludwig Erhards.¹²

Auf dieser Quellenbasis werden nach einem einleitenden Kapitel über den Beginn der politischen Umfrageforschung in Westdeutschland in Kapitel 3 die bei EMNID und Allensbach unterschiedlichen Daten zur Nachfolgefrage und die Etappen der Veröffentlichung der Umfrageresultate skizziert. Welche Strategien und Motive bestimmten Zeitpunkte, Auswahl und Umfang der Datenveröffentlichung? Die informelle, d. h. vertrauliche und nicht-öffentliche, demoskopische Beratung Adenauers durch Neumann steht im Mittelpunkt von Kapitel 4. Erreicht der Berater den Kanzler mit seinen demoskopischen Erkenntnissen? Wie viel Spielraum hatte er dabei? Diese Fragen werden im Schlusskapitel aufgegriffen, um zu zeigen, ob sich die Strategie der permanenten Veröffentlichung von Umfragedaten in einer Art Mediendemoskopie oder die informelle Beratungsdemoskopie durchgesetzt hat.

2. Umfrageforscher in der Politik: Die Kommunikationsform der »Beratung«

Der im Herbst 1950 geschlossene Vertrag des Allensbacher Instituts mit dem Bundespresseamt (BPA) manifestierte die Einführung der Umfrageforschung als Erkenntnismittel in der bundesdeutschen Politik. Erfolgreich hatten Neumann und Otto Lenz, erster Staatssekretär im Kanzleramt, Adenauer von der

S. 156f.; DERS., *Attentat auf Deutschlands Talisman. Ludwig Erhards Sturz. Hintergründe und Konsequenzen*, Stuttgart u. a. 1967.

- 12 Die Geschichte des Allensbacher Instituts steht noch aus, vgl. Elisabeth NOELLE-NEUMANN, *Über den Fortschritt der Publizistikwissenschaft durch Anwendung empirischer Forschungsmethoden. Eine autobiographische Aufzeichnung*, in: Arnulf KUTSCH/Horst PÖTTKER (Hg.), *Kommunikationswissenschaft autobiographisch. Zur Entwicklung einer Wissenschaft in Deutschland*, Opladen 1997, S. 36–61; Jérôme VAILLANT, *Bildungspolitik und öffentliche Meinung*, in: Franz KNIPPING/Jacques LE RIDER (Hg.), *Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland, 1945–1950*, Tübingen 1986, S. 135–160.
- 13 AIIA, Nachlass Erich Peter Neumann (NL EPN): Neumanns 24seitiger Bericht »Am 29. März 1963 bei Adenauer in Cadenabbia« ist teilöffentlich in: Elisabeth NOELLE-NEUMANN, *Adenauer und die Wahlen. Ein lehrreiches Kapitel öffentliche Meinung*, in: *Die politische Meinung*, 21 (1976), Nr. 164, S. 5–18 sowie Elisabeth NOELLE-NEUMANN, *Konrad Adenauer, die öffentliche Meinung und Wahlen*, in: Helmut KOHL (Hg.), *Konrad Adenauer 1876/1976*, 2. Aufl., Stuttgart, Zürich 1976, S. 147–159.

Demoskopie überzeugt.¹³ Auf dieser Grundlage beriet Neumann den ersten Bundeskanzler bis zu dessen Amtszeitende 1963. Das Beratungsverhältnis zu Adenauer war geprägt von ungeschriebenen Gesetzen: von wechselseitigem Vertrauen, in erster Linie von Loyalität des Beraters, was ihm, also Erich Peter Neumann, wiederum den direkten und informellen Zugang zu Adenauer an offiziellen Gremien und Parteihierarchien vorbei verschaffte und die Ausschöpfung materieller Ressourcen ermöglichte, aber auch Verpflichtung bedeutete. Heute, rund 52 Jahre nach Beginn der politischen Umfrageforschung im Auftrag der Bundesregierung, zählt die Nutzung der demoskopischen Politikberatung zum Standardkennzeichen modernen Regierungshandelns.¹⁴

Wegen seiner parteipolitischen Ungebundenheit konnten das Allensbacher Institut und Erich Peter Neumann unkonventionell und mit eigenen Akzenten Politikforschung betreiben. Fragebogenkonzeption und Frageformulierung zu bestimmten politischen Themen lagen ganz in der Freiheit und Kompetenz des IfD, ohne dass das BPA hier in die fachliche Arbeit eingriff.¹⁵ Die so über Jahre gewachsene Bindung führte jedoch bei aller Wertschätzung für Adenauer und die Regierungspolitik nicht zu einem Verlust des Eigensinns und des eigenen konzeptionellen Denkens. Von den Parteigremien der CDU ließ sich Erich Peter Neumann nicht vereinnahmen, vielmehr stand er zu ihnen in spannungsreicher Beziehung. Den ihm 1958 angebotenen Posten als Leiter der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei unter dem bis 1966 regierenden Ministerpräsidenten Franz Meyers (CDU) schlug er aus, frühzeitig kritisierte er die programmatische Erstarrung der Union und forderte zu Beginn der 60er Jahre Konzepte in der Gesundheits-, Bildungs- und Umweltschutzpolitik, als sie im Bonner Politikbetrieb noch unpopulär waren.¹⁶ Auch als Mitglied der Unionsfraktion im Deutschen

13 Zum Beginn der politischen Umfrageforschung für das BPA vgl. Klaus GOTTO/Hans-Otto KLEINMANN/Reinhard SCHREINER (Bearb.), *Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 11), Düsseldorf 1989, S. 40, 107.

14 Karl-Rudolf KORTE, *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989*, Stuttgart 1998, S. 29f., 494f.

15 Der Vertrag zwischen dem Allensbacher Institut und dem BPA sah vielmehr vor: »Das Institut für Demoskopie begibt sich mit Abschluss dieses Abkommens nicht unter eine irgendwie geartete Kontrolle des Presse- und Informationsamtes.« Die politische Berichterstattung über zwei bis drei Fragen wurde dem IfD zunächst mit 2.000, dann mit 3.000 DM pro Monat honoriert. Vgl. ALLA, NL EPN, Tagebuch 1950–1952; Korrespondenz Bonn 1950–1960: Neumann an Lenz, 17.12.1951. Gleichwohl halten sich zählebig Vorwürfe, dass das Kanzleramt dem Allensbacher Institut die Fragen gleichsam vorgegeben hätte, z. B. bei Hans-Erich VOLKMANN, *Die innenpolitische Dimension Adenauerscher Sicherheitspolitik in der EVG-Phase*, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956*, Bd. 2: *Die EVG-Phase*, München 1990, S. 463, Anm. 8.

16 Franz MEYERS, *Gez. Dr. Meyers: Summe eines Lebens*, Düsseldorf 1982. Zur programmatischen Erneuerung: ALLA, NL EPN, Expertisen: Neumann an Werner Krueger, Stell-

Bundestag von 1961 bis 1965 vertrat Neumann wiederholt Minderheitenmeinungen. Seine unbequemen, drastischen Ansichten, etwa bei der notwendigen Reform der CDU hin zur Mitgliederpartei oder bei seiner Ablehnung einer zweiten Amtszeit von Bundespräsident Lübke, führten am Ende zu einer für seine Wiederwahl in den Bundestag 1965 aussichtslosen Platzierung auf der hessischen CDU-Landesliste.¹⁷ Wahrscheinlich schwächte am Ende der Kanzlerschaft die enge Bindung Neumanns an Adenauer die Position des demoskopischen Beraters, zumal Adenauer 1963 auch innerhalb der Unionsfraktion im Bundestag zunehmend an Einfluss verlor. Denn die lange Zeit vom Kanzleramt dominierte Fraktions- und Parteispitze und besonders das Bundeswirtschaftsministerium um Staatssekretär Karl Hohmann konkurrierten am Ende erfolgreich mit eigenen demoskopischen Ratgebern. So erstellte das von Karl Georg Freiherr von Stackelberg gegründete EMNID-Institut Imageanalysen über den Wirtschaftsminister und beriet Erhard in der Öffentlichkeitsarbeit.¹⁸

3. Die Datenlage: Umfrageergebnisse von Allensbach und EMNID zur Kanzlernachfolger und ihre Präsentation in der Presse

3.1 Demoskopische Abstimmungsfragen über Erhard und Schröder – Unterschiedliche Umfragewerte bei EMNID und dem IfD Allensbach

Die beiden Umfrageinstitute erzielten unterschiedliche Ergebnisse zu der Frage, welcher Politiker der CDU/CSU Konrad Adenauer als Bundeskanzler ablösen sollte. Vor allem in der heißen Phase der Kandidaten- und Nachfolgediskussion, im März/April 1963, erfuhren die interessierten Zeitungsleser aus der Presse immer wieder neue unterschiedliche Daten. Wie kam es zu solchen Abweichungen? Beide Umfrageinstitute fragten die Bundesbürger, welcher Kandidat aus den Reihen der CDU/CSU Konrad Adenauer im Amt des Bundeskanzlers nachfolgen solle.¹⁹ Hierzu lautete die Allensbacher

vertretender Bundespressechef, 21.3.1960 betreffend Maßnahmen zur Volkswohlfahrt. EPN-Manuskripte, Bd. 6: Die Aufgaben der CDU. Vortrag gehalten von Neumann in Rüsselsheim am 23. Februar 1963. »MdB Neumann sprach. Kreisversammlung der CDU Main-Taunus«, in: *Frankfurter Neue Presse*, 21.3.1963.

18 AIIA, NL EPN, Tagebücher 1964, Korrespondenz Februar–Juli 1964: Zu Neumanns Opposition gegen Lübke vgl. Schriftwechsel mit Dr. Hans Lamm und Briefentwurf an Rainer Barzel. Drastische Vorschläge zur Reform der CDU, z. B. den Ausschluss zahlungsunwilliger Mitglieder, äußerte Neumann gegenüber Dufhues am 22.3.1963, Schriftwechsel MdB 1962–1963.

18 K. G. von STACKELBERG, *Souffleur* (wie Anm. 11), S. 160–162; DERS., *Attentat* (wie Anm. 11), S. 149ff.

19 In der Presse kursierten widersprüchliche Meldungen, wonach die EMNID-Daten einerseits unter CDU-Wählern erhoben wurden, andererseits die Meinung der gesamten Bevölkerung abbildeten zu der Frage, welcher Politiker der Unionsparteien Nachfolger Adenauers werden sollte.

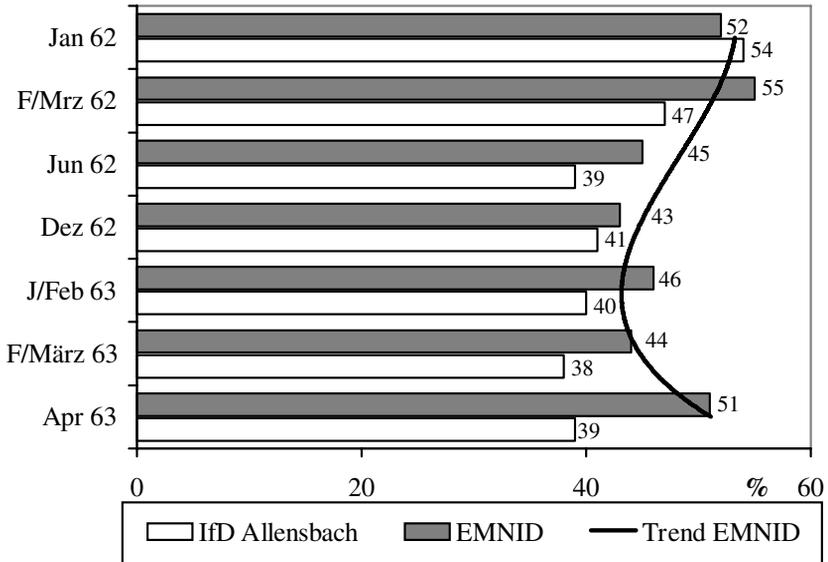
Frage: »Angenommen, Adenauer übergibt sein Amt einem Nachfolger – wer von diesen Politikern der CDU wäre Ihnen persönlich als Nachfolger Adenauers am liebsten, wer sollte dann Bundeskanzler werden?« Den Befragten wurde eine Liste vorgelegt mit den CDU/CSU-Politikern Erhard, Schröder, Gerstenmaier, von Brentano, von Hassel, Strauß, Dufhues und Krone. Der Fragetext von EMNID lautete sehr wahrscheinlich: »Hier ist eine kleine Liste, die Namen von CDU/CSU-Politikern enthält. Die CDU/CSU würde zur Zeit als stärkste Fraktion im Bundestag den Nachfolger für Dr. Adenauer als Bundeskanzler zu stellen haben. Würden Sie diese Liste bitte noch einmal anschauen und dann denjenigen angeben, den Sie unter den Genannten für den geeigneten Nachfolger Dr. Adenauers als Bundeskanzler halten würden?«²⁰ Der EMNID-Fragetext setzt den Rücktritt Adenauers stärker als Faktum fest als die Allensbacher Frageformulierung. Vielleicht gingen deshalb die von EMNID Befragten stärker von einem raschen Rücktritt Adenauers aus und nannten dann mit Erhard eher den bekanntesten und in den Medien präsentesten potentiellen Nachfolger. Schaubild 1 zeigt die Trenddaten vom März 1962 bis April 1963 mit Ergebnissen zu Ludwig Erhard als möglichem Kanzlernachfolger, die bei EMNID im ganzen deutlich günstiger ausfallen als bei Allensbach.

Trotz dieser Differenzen ermittelten beide Institute für das zweite Halbjahr 1962 eine sinkende Zustimmung für Erhard, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau. Dieser Trend änderte sich auch nicht im Dezember 1962, zur Zeit der schwarz-gelben Koalitionskrise und der Sondierungsgespräche Adenauers mit der SPD, die den Ruf nach einem neuen Kanzler verstärkten. Zu diesem Zeitpunkt unterschieden sich die Ergebnisse von EMNID und dem Institut für Demoskopie Allensbach nur noch um zwei Prozent. Doch während Allensbach für die entscheidenden Monate von Januar bis April 1963 den Rückhalt für Erhard als Kanzlernachfolger auf bis zu 38 Prozent schwinden sah, meldete EMNID genau umgekehrt einen Anstieg zugunsten Erhards auf zunächst 46, dann 51 Prozent im April, dem Monat der Entscheidung über Adenauers Nachfolge (Schaubild 1).

Deutlicher als bei EMNID wiesen die Allensbacher Daten eine wachsende Zustimmung für Außenminister Gerhard Schröder als nächsten Bundeskanzler aus: Im Februar/März 1963 sprach sich danach schon fast ein Viertel der Bevölkerung für ihn aus, während er im Sommer des Vorjahres noch kaum als Kanzlerkandidat behandelt wurde. Die EMNID-Werte zeigten zwar ebenfalls

²⁰ ACDP 01-070-21/1 (NL Globke, Demoskopie). Dieser Fragewortlaut findet sich in einer EMNID-Umfrage zur Kanzlernachfolge 1959. Die beiden Publikationen von Stackelbergs nennen den Wortlaut zu dieser Frage nicht.

**Schaubild 1: Zustimmung zu Erhard als Adenauer-Nachfolger:
Unterschiedliche Ergebnisse bei EMNID und Allensbach**



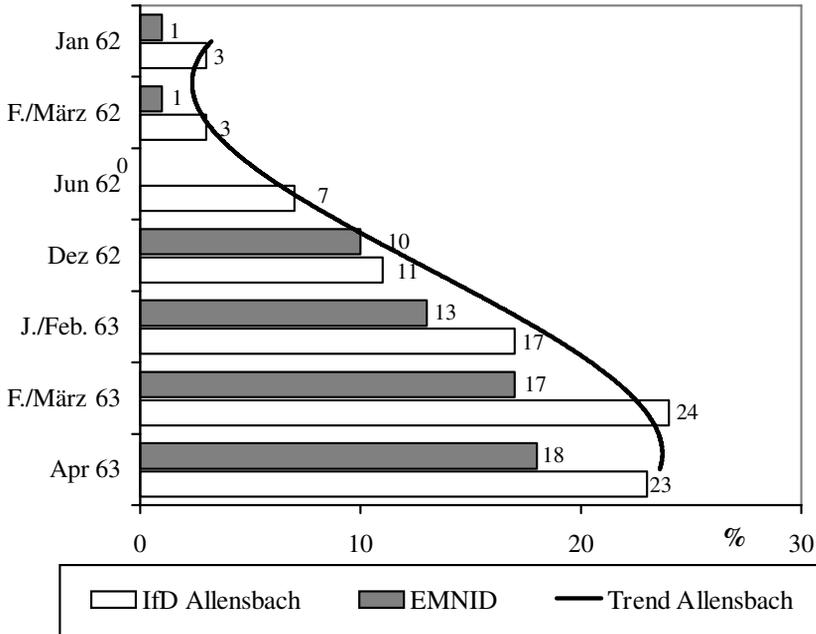
einen Anstieg für Schröder, sie lagen jedoch unterhalb der Allensbacher Daten (Schaubild 2).²¹

Doch EMNID veröffentlichte nicht nur den Trend über den bevorzugten Kanzlernachfolger aus den Reihen der Union, sondern auch Ergebnisse auf die offene Frage nach dem geeignetsten Nachfolger Adenauers aus allen Parteien: »Wenn der Fall eintreten sollte, dass Dr. Adenauer eines Tages als Bundeskanzler ausscheidet, wer ist Ihrer Meinung nach dann der geeignetste Nachfolger Dr. Adenauers als Bundeskanzler?«²² Die Frage, eingeleitet durch einen konditionalen Nebensatz, ist wesentlich hypothetischer formuliert als die Lis-

21 Quellen der Schaubild-Daten: AIIA, Bonn-Bericht Nr. 566, IfD-Pressedienst von Mitte März 1963; EMNID-Daten aus *Der Spiegel*, Nr. 11/1963, S. 16 und *FAZ*, 20.4.1963.

22 Dieser Fragewortlaut ist abgedruckt bei K.G. VON STACKELBERG, *Attentat* (wie Anm. 11), S. 82f. und findet sich auch in einer EMNID-Umfrage zur Kanzlernachfolge 1959, die im Nachlass Globke abgelegt ist (ACDP 01-070-021/1, Demoskopie); K. G. VON STACKELBERG, *Souffleur* (wie Anm. 11), S. 156 nennt allerdings einen abweichenden Fragetext zu denselben Daten: »Wenn der Fall eintreten sollte, dass Konrad Adenauer eines Tages als Bundeskanzler ausscheidet, wer ist Ihrer Meinung nach dann der geeignetste Nachfolger?«

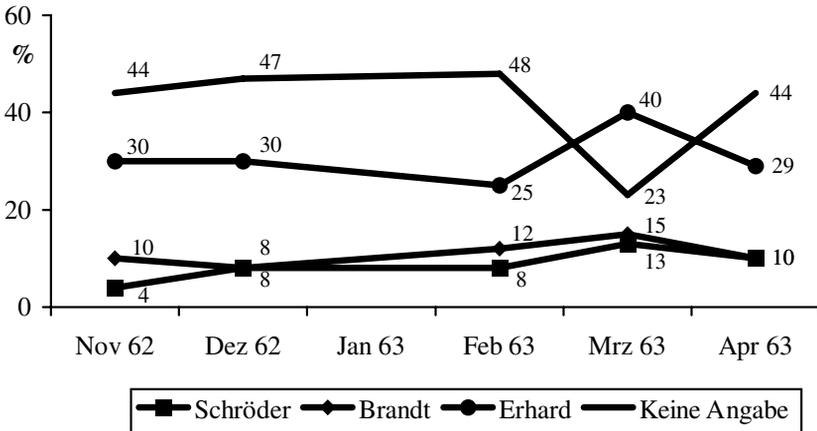
**Schaubild 2: Zustimmung zu Schröder als Adenauer-Nachfolger:
Unterschiedliche Ergebnisse bei EMNID und Allensbach**



tenfrage von EMNID und ähnelt damit eher der Allensbacher Listenfrage. Einige Befragte nannten hier außer Erhard und Schröder auch den Regierenden Bürgermeister von Berlin und SPD-Kanzlerkandidaten bei der Bundestagswahl 1961, Willy Brandt; wenige wünschten sich Carlo Schmid, obwohl beide SPD-Politiker in der Mitte der Legislaturperiode gar nicht als Kanzlernachfolger zur Wahl standen. Die Ergebnisse auf die offene EMNID-Frage wiesen bis zum Februar 1963 ähnlich den in Schaubild 1 gezeigten Allensbacher Werten eine Stagnation und im Februar sogar einen Einbruch in der Zustimmung der Bevölkerung zu Erhard als Bundeskanzler von 30 auf 25 Prozent auf (Schaubild 3).

Fast die Hälfte der Befragten konnte oder wollte keinen Politiker als Kanzler-Nachfolger nennen. Während Gerhard Schröder in der Bevölkerungsgunst nur langsam stieg, schnellten die Zahlen zugunsten Erhards erst im März 1963 nahezu einmalig auf 40 Prozent hoch, um im anderen Monat wieder auf 29 Prozent zu fallen, doch fiel dieser Einbruch im April nicht negativ für Erhard ins Gewicht, da fast ausschließlich der hohe März-Wert im Entscheidungs-

Schaubild 3: EMNID-Werte für Erhard – ein einmaliger Ausreißer im März 1963 vor der Nominierung



monat April in der Presse bekannt gegeben wurde. Mit dem rasanten und einmaligen Anstieg der Umfragewerte für Erhard auf 40 Prozent im März korrespondiert die Abnahme derjenigen, die keine Angaben machten, um über die Hälfte auf 23 Prozent, die ebenfalls im April 1963 mit 44 Prozent fast wieder auf den alten Stand vom Februar kletterten (Schaubild 3).

Dieser einmalige Ausreißer eines (Zu-)Stimmungshochs für Erhard gerade im entscheidenden Monat vor der Nominierung zum Bundeskanzler durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verwundert. Verschiedene Gründe dafür sind möglich. In wenigen Presseartikeln kam der Verdacht auf, die Ministerialbeamten und engen Vertrauten Erhards im Bundeswirtschaftsministerium als Auftraggeber hätten die im März ermittelten EMNID-Zahlen aufgerechnet, u. a. durch Aufteilung der Unentschiedenen auf die einzelnen Kandidaten. Auf diese Weise hätte sich der Vorsprung für Erhard auf seine Kontrahenten, besonders auf Schröder, vergrößert.²³

Dieser Vorwurf ist nicht zu belegen. Allerdings ist möglich, dass der veröffentlichte hohe Zustimmungswert für Erhard im Monat März den »weitesten Unterstützerkreis« abbildet, also nicht nur die expliziten Erhard-Befürworter, sondern auch Unentschlossene, die an anderer Stelle im Interview Sympathien

²³ »Sechs mehr für Erhard«, in: *Kölnische Rundschau*, 13.3.1963.

für Erhard bekundeten. Ähnlich mag mit den EMNID-Parteizahlen verfahren worden sein. Durch Aufrechnung eines Teils der Unentschlossenen steigerte sich z. B. der im April veröffentlichte Umfragewert für die SPD von 35 auf 47 Prozent, während die CDU nur von 31 auf 41 Prozent zunahm.²⁴ Beide Datenvarianten wurden veröffentlicht. Deutlich wird: Der ohnehin bestehende Vorsprung verdoppelt sich – ähnlich wie bei Erhard gegenüber Schröder und Brandt.

Erich Peter Neumann und Elisabeth Noelle-Neumann sahen als weitere Ursache für die unterschiedliche Datenlage, dass die offene Frage nach dem besten Kanzlernachfolger von EMNID die Antworten der politisch zumeist desinteressierten oder wenig kenntnisreichen Bundesbürger zugunsten der Politiker begünstigt, die am bekanntesten und populärsten sind. Dagegen zeigt das Fragemodell mit der Listenvorlage möglicher Kanzler-Nachfolger aus der CDU den Befragten Alternativmöglichkeiten auf. Da EMNID die offene Frage vor der Listenfrage plazierte, verstärkte sich durch einen Reihenfolgeeffekt die Nennung des bekanntesten Politikers, also Erhards, auch bei der Listenfrage, da sein Name bei vielen Befragten noch durch die vorangegangene offene Frage im Kopf war.²⁵

Zudem mag Erhards Präsenz in den Medien in dem Tenor des bemitleidenswerten Weggefährten des Bundeskanzlers, der ihn nur bei jeder Gelegenheit anschwärzen will, zahlreiche Nennungen für Erhard als Kanzlernachfolger provoziert haben. Denn gerade im März 1963, dem Monat mit den hohen EMNID-Daten für Erhard, war der Bundeswirtschaftsminister in aller Munde: als möglicher Kanzlernachfolger, aber auch als erneutes Opfer einer Adenauerischen Intrige, da der Bundeskanzler seine briefliche Auseinandersetzung mit Erhard um den deutsch-französischen Vertrag und einen EWG-Beitritt Englands in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« veröffentlicht hatte.²⁶

24 dpa-Meldung vom 25.3.1963, abgedruckt u. a. in: *Die Welt, Frankfurter Rundschau, Augsburgener Allgemeine Zeitung*.

25 AllA, Bonn-Bericht Nr. 553: Probleme der Nachfolge Adenauers, 15.1.1963, S. 12. Zum Zusammenhang von Erhards großer Bekanntheit in der Bevölkerung und seiner häufigen Nennung als bester Kanzler-Nachfolger, vgl. IfD-Bericht-Nr. 1006: Die soziale Mentalität. 1.4.1963, S. 2–4. Zum Reihenfolgeeffekt: Gerhard SCHMIDTCHEN/Elisabeth NOELLE-NEUMANN, *Die Bedeutung repräsentativer Bevölkerungsumfragen für die offene Gesellschaft*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 4 (1963) Heft 2, S. 168–195, hier S. 173f.

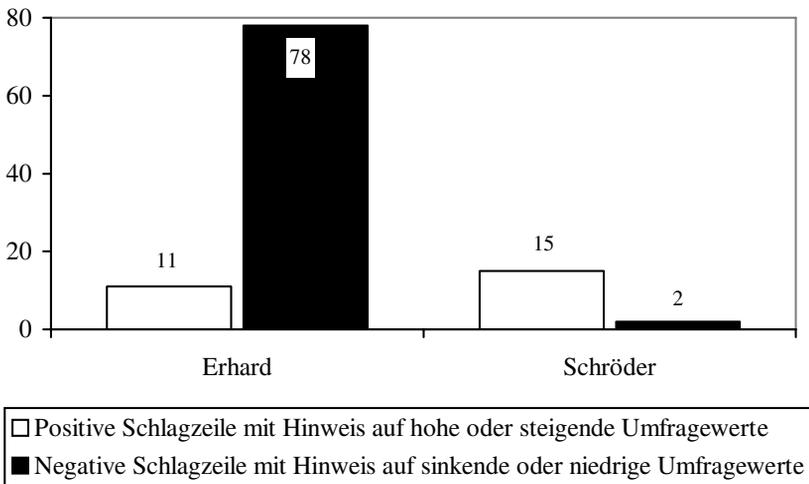
26 H.-P. SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann* (wie Anm. 3), S. 827f.

3.2 »Timing«: Strategische Presseveröffentlichungen von Umfragedaten zur Kanzlernachfolge

Doch Erhards Medienpräsenz drohte sich gerade im Frühjahr 1963 auch negativ bemerkbar zu machen. Denn Gerhard Schröder erhielt in der Presse durch den Abdruck der Allensbacher Umfragedaten im März 1963 vermehrt den Nimbus eines aufsteigenden Kandidaten.²⁷ Dagegen haftete Erhard zusehends das Etikett des Langzeitkandidaten an, der allmählich die Bevölkerungsgunst verlor (Schaubild 4).²⁸

Zwar dominierte der Wirtschaftsminister selbst bei zunehmend schlechteren Umfragewerten die Pressediskussion um die Kanzlernachfolge, während Außenminister Schröder auch hier erst spät und zögerlich aufholte. Auch erhielt Erhard bei Abdruck der Allensbacher Daten eine teilweise euphorisch positive Schlagzeile, etwa in der BILD-Zeitung: »Das Volk will Erhard.«²⁹ Doch konnte Erhard an dem negativen Presse- und Umfragetrend kein Gefallen finden, denn: »Bei den Befürwortern einer Kanzlernachfolge durch Außenminister

Schaubild 4: Negativer Medientenor, jedoch weitere Mediendominanz für Erhard in der Nachfolgediskussion



27 AllA, Pressedienst »Der nächste Bundeskanzler«, Mitte März 1963.

28 ZAS.

29 »Das Volk will Erhard«, in: BILD, 7.3.1963, S. 1.

Schröder war gerade in letzter Zeit der absinkende Trend Erhards in den Meinungsumfragen als ein gewichtiges Argument ins Feld geführt worden, man dürfe das Schicksal der CDU nicht an eine Person binden, deren Publikumswirksamkeit ständig nachlasse, hieß es.«³⁰

Den Grundstock für einen günstigeren Pressetenor für Erhard kurz vor der Entscheidung im April legte dann vor allem die Präsentation der EMNID-Daten mit den überraschend stark gestiegenen Zustimmungswerten für Erhard auf 51 Prozent im Vergleich zu anderen Unionspolitikern und auf 40 Prozent im Vergleich mit potentiellen Kanzlerkandidaten aller Parteien. Vor allem der Zeitpunkt der Veröffentlichung von demoskopischen Daten entschied über den Einfluss der Umfragen in der Nachfolgedebatte. Dabei lassen sich für den Zeitraum von März bis zum 23. April 1963, zur endgültigen Nominierung Erhards zum Nachfolger Adenauers durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fünf Phasen unterscheiden:

1. In den ersten Märztagen, vor allem am 12. März 1963, veröffentlichten zahlreiche Zeitungen die Allensbacher Pressemitteilung, wonach die Zustimmung für Erhard als Kanzlernachfolger abbröckelte, während Schröders Rückhalt wuchs. Am anderen Tag konterte sofort das Bundeswirtschaftsministerium, um als Auftraggeber einer Umfrage von EMNID der Öffentlichkeit 46 Prozent Zustimmung für Erhard als Nachfolger Konrad Adenauers zu vermelden – sechs Prozent mehr als die von Allensbach ermittelten Daten.³¹ Zeitgleich sekundierte der »Spiegel« am 13. März 1963 unter Hinweis auf eine Graphik mit EMNID-Daten: »Ludwig Erhard blieb der einzige Dauerkandidat, und Konrad Adenauer machte ihm das Leben schwer.«³² Einige Journalisten vermuteten, dass hier ergebnisorientierte Demoskopie am Werk war.³³ Doch war dies erst der Anfang eines Schlagabtauschs von Veröffentlichungen demoskopischer Daten zur Kanzlernachfolge.

2. Als nächstes publizierte das Bundeswirtschaftsministerium im März 1963 den EMNID-Wert der offenen Frage nach dem besten Kanzlerkandidaten von allen Parteien, wonach sich für Erhard 30 Prozent der Befragten aussprachen, für Schröder und Brandt nur je 8 Prozent (Schaubild 3). Obwohl die Zustimmung zu Erhard im Vergleich zum Vormonat stagnierte, untermauerten die Meldungen über Erhards Vorsprung gegenüber dem potentiellen Konkurrenten aus der SPD seinen Ruf als Zugpferd für die nächste Bundestagswahl, zumal sie auch auf der Bundesvorstandssitzung der CDU am 14. März 1963 eine

30 *Kölnische Rundschau*, 20.4.1963.

31 dpa-Meldung, abgedruckt u. a. in der *Frankfurter Rundschau*, *Saarbrücker Landeszeitung* und in den *Westfälischen Nachrichten*, jeweils am 13.3.1963. Diese Meldung nennt auch D. KOERFER (wie Anm. 7).

32 *Der Spiegel*, 13.3.1963, S. 16. Bezeichnende Überschrift des Artikels: »Erhard-Kandidatur: Günstling der Stunde«.

33 »Sechs mehr für Erhard«, in: *Kölnische Rundschau*, 13.3.1963.

Rolle spielte. »Diese Meinungsumfrage hat nach Auffassung der CDU dazu beigetragen, dass neuerdings wieder in den Reihen der Unionsfraktion wie auch in den Parteigremien die Meinung wächst, Erhard solle im Herbst Bundeskanzler werden«, berichteten u. a. die Stuttgarter Zeitung und die Aachener Volkszeitung am 15. März 1963.³⁴

3. Erhards Weg ins Kanzleramt befestigte dann eine weitere Veröffentlichung von EMNID-Daten. Seit Januar/Februar 1963 war zu lesen, dass die SPD die CDU bei den Parteizahlen überholt habe. Diese immer wieder neu veröffentlichten EMNID-Daten zur Parteienstärke unterstützte die bekannte Argumentation vieler Unionsabgeordneter, einen Kanzlernachfolger vorzuschlagen, der hohe Zustimmung in der Bevölkerung erfährt und so die zerstrittene Union in der Wählergunst wieder nach vorn bringt. Damit konnte nur Erhard gemeint sein, dem der Ruf einer Wahllokomotive vorauseilte. Dagegen kursierten die regelmäßig im Auftrag des Bundespresseamts erhobenen Allensbacher Parteizahlen kaum in der Presse. Sie wichen erheblich von den EMNID-Daten ab, denn sie zeigten erst im April 1963 einen knappen Vorsprung der SPD gegenüber der CDU. Im Februar hingegen gaben auf die Allensbacher Frage: »Können Sie mir bitte sagen, welche Partei Ihren Ansichten am nächsten steht?« noch 47 Prozent der Befragten die CDU/CSU an und nur 41 Prozent die SPD (Schaubild 5).³⁵

Die Allensbacher Parteizahlen vom Februar nannte Adenauer in der Bundesvorstandssitzung der CDU am 14. März, um die Stabilität der CDU und seiner Regierung trotz der Kontroversen in der Nachfolgediskussion und in der Außenpolitik zu demonstrieren, während Dufhues und Otto Fricke vom CDU-Landesverband Braunschweig den Gegenwind der CDU in der Wählergunst betonten – wenn auch nicht explizit unter Berufung auf EMNID-Daten.³⁶ Der von Allensbach ermittelte Vorsprung der CDU in der Wählergunst schrumpfte im März auf zwei Prozent, wie Erich Peter Neumann exklusiv dem erstaunten Bundeskanzler in Cadenabbia berichtete: »Ich zeigte ihm die Tabelle mit den letzten Werten für die Parteien: 46 Prozent für die CDU/CSU, 44 Prozent für die SPD. ›Donnerwetter‹, sagte er [Adenauer], ›da hat sich die SPD ja mächtig nach vorne geschoben. Ich will Ihnen mal was sagen, das liegt nur daran, dass bei uns zuviel geredet und zu wenig getan wird.‹«³⁷

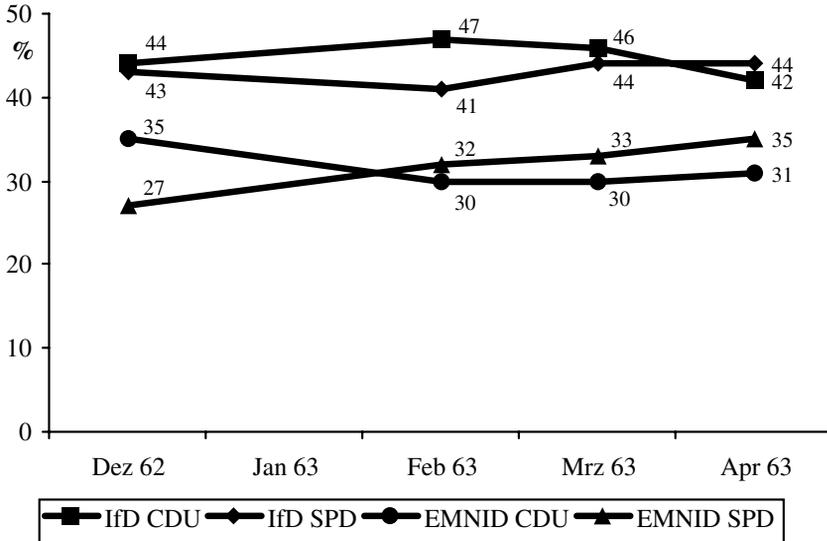
34 »Auch Dufhues sucht nach einem Kanzler«, in: *Stuttgarter Zeitung*, 15.3.1963. »Union ist zuversichtlich für die Zukunft«, in: *Aachener Volkszeitung*, 15.3.1963. Diese EMNID-Daten druckten mehrere regionale Tageszeitungen.

35 AIIA, Bonn-Bericht, Nr. 566. ZAS 1962/1963. Die niedrigeren Parteidaten bei EMNID erklären sich aus dem hohen Anteil (rund 30 Prozent) an Unentschlossenen.

36 Vgl. G. BUCHSTAB (wie Anm. 2), S. 411f, 423, 430f. Adenauer ordnet diese Zahlen irrtümlich EMNID zu, doch Heinrich Krone korrigiert und nennt korrekt das Allensbacher Institut.

37 AIIA, NL EPN (wie Anm. 13), S. 5f.

Schaubild 5: Unterschiedliche Parteizahlen von EMNID und Allensbach in den letzten Monaten vor der Nachfolge-Entscheidung



4. In der letzten Märzwoche legte das Institut für Demoskopie Allensbach neueste Zahlen vor. Sie wiesen einen Anstieg der Befürworter für Schröder als Kanzlernachfolger auf 24 Prozent aus, während Erhard auf 38 Prozent fiel. Diese Nachricht fand sich in vielen überregionalen Tageszeitungen und per UPI-Meldung auch in der Lokalpresse.³⁸

5. Die sich dadurch abzeichnende Tendenz zur Negativberichterstattung über Erhard fand ein abruptes Ende. Am 19. April 1963, kurz vor der Rückkehr Adenauers aus Cadenabbia nach Bonn, trommelten die Schlagzeilen: »Steigende Chancen für Erhard«³⁹; »Erhards Popularitätskurve schnellst empor – Lenkt Adenauer ein? / Sonst harte Auseinandersetzungen / Kanzler wieder in Bonn.«⁴⁰ Diese Schlagzeilen ebneten für den Bundeswirtschaftsminister das

38 »Finden oder Sich-Abfinden«, in: *Die Zeit*, 29.3.1963; Otto B. ROEGELE, »Neues von der Kanzlerkür«, in: *Rheinischer Merkur*, 29.3.1963; Helmut HOJER, »Auf der Suche nach einem Kanzler«, in: *Augsburger Allgemeine Zeitung*, 26.3.1963; »Schröder steigt – Erhard fällt in der Wählergunst«, in: *Kölnische und Bonner Rundschau*, 23.3.1963; UPI-Meldung u. a. abgedruckt in der *FAZ* vom 25.3.1963 unter dem Titel: »Erhards Chancen sinken«.

39 So lautete die Überschrift zu einer dpa-Meldung in der *FAZ* am 20. April 1963. Diese Meldung wurde in 12 weiteren Tageszeitungen abgedruckt.

40 Überschrift im *Schwäbischen Tagblatt*, Tübingen, 20.4.1963. Ähnlich titelten zahlreiche andere regionale Tageszeitungen.

letzte Stück auf seinem Weg ins Kanzleramt, denn sie unterstellten, dass an Erhard in der Frage der Kanzlernachfolge kein Weg mehr vorbeiführe. Der durch Adenauers zögerliche Unterstützung für Schröder ohnehin geringe Handlungsspielraum für alle anderen politischen Kräfte in der CDU, die die Nachfolge anders entscheiden oder auch nur verschieben wollten, wurde somit stark eingeschränkt. Wie kam es zu diesen Schlagzeilen zugunsten Erhards? Die Antwort auf diese Frage lieferte die Stuttgarter Zeitung: »Die Situation am Freitag wurde dadurch bestimmt, dass die CDU zwei Stunden vor der Ankunft Adenauers das Ergebnis einer Meinungsumfrage des Bielefelder EMNID-Institutes an die Öffentlichkeit gelangen ließ, derzufolge gegenüber der Februar-Umfrage die Zahl der Befürworter einer Kanzlerschaft Erhards von 25 auf 40 Prozent gestiegen ist.«⁴¹ Dieser schon mehrfach genannte nur im März von EMNID ermittelte große Vorsprung Erhards vor Brandt und Schröder im unmittelbaren Vorfeld der Kanzlernominierung war via medialer Veröffentlichung vor allem an die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gerichtet. Ihnen sollte signalisiert werden, dass der verstärkte Zuspruch der Bevölkerung für Erhard bei der Nominierung des Kanzlernachfolgers nicht unberücksichtigt bleiben könne. Die Veröffentlichung des hohen Umfragerwertes für Erhard kurz vor Adenauers Rückkehr nach Bonn und vier Tage vor der Nominierung des Kanzlernachfolgers durch die Unions-Fraktion wirkte sich positiv auf dessen Wahl aus, so wusste »Die Zeit« zu berichten: »Da Erhards Popularität in den März-Befragungen von 25 auf 40 Prozent gegenüber Februar gestiegen war, wuchsen auch seine Chancen in der Fraktion.«⁴² Die Taktik der Veröffentlichung von Umfragedaten unmittelbar vor wichtigen Entscheidungen ist selbst für den in Fragen des Machterwerbs und Machterhalts erfahrenen ehemaligen Bundeskanzler Helmut Kohl problematisch: »Immer wieder können wir beobachten, dass Umfrageergebnisse ganz gezielt zu bestimmten Zeitpunkten veröffentlicht werden – etwa vor Wahlen oder anderen wichtigen politischen Ereignissen wie Parteitag. Es ist ganz offensichtlich, dass mit einem solchen ›Timing‹ Entscheidungen beeinflusst werden sollen.«⁴³ Dass dies auch bei der Wahl Erhards zum Bundeskanzler durch die Unionsfraktion beabsichtigt war, schildert der Gründer und Leiter des EMNID-Instituts, Karl Georg Freiherr von Stackelberg, ganz unbefangen. Die von seinem Institut im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erhobenen

41 »Die CDU in ihrer schwersten Krise«, in: *Stuttgarter Zeitung*, 20.4.1963.

42 »Machtwort der Union. Wie sich der Bundeskanzler beugen musste«, in: *Die Zeit*, 26.4.1963.

43 »Demoskopie und Demokratie – 50 Jahre Allensbacher Institut«. Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl bei der Festveranstaltung anlässlich des 50-jährigen Bestehens des Instituts für Demoskopie Allensbach im Haus der Geschichte am 24. September 1997 in Bonn, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 84, 27.10.1997, S. 969–971, hier S. 970. Ebenfalls abgedruckt in: *Institutsbroschüre des IfD Allensbach*, 1997, S. 187.

Werte wurden als Quasi-Plebiszite präsentiert, um Erhard als Bundeskanzler zu installieren: »Adenauer war damals mit dem festen Willen aus seinem Ferienort Cadenabbia zurückgekehrt, die Nachfolgeentscheidung nochmals hinauszuschieben und selbst weiter im Amt zu bleiben. In dieser schicksalsträchtigen [Fraktions-]Sitzung lagen jedoch auf den Tischen aller beteiligten Fraktionsmitglieder die neuesten EMNID-Ergebnisse, nach denen Erhard gegenüber Adenauer weit in der Wählergunst vorne lag. Gegenüber diesem Votum (sic!) der Bevölkerung stand Adenauer auf verlorenem Posten.«⁴⁴

Mit der Veröffentlichung einer Vielzahl von EMNID-Umfragedaten wurde kein differenziertes Bild der Bevölkerungsmeinung zur Kanzlernachfolge gezeichnet, sondern vor allem eine Botschaft gesetzt und präsent gehalten: Erhard wird von der Mehrheit als Kanzlernachfolger gewünscht. Die Daten im Detail und die zugrunde liegende Frageformulierung interessierten hier weniger. Diese Mediendemoskopie wurde ergänzt durch informelle Weitergabe neuer Umfragedaten an die Partei- und Fraktionsspitze und war Bestandteil der agilen Öffentlichkeitsarbeit des Bundeswirtschaftsministeriums um Staatssekretär Hohmann. So konnte selbst ein differenzierter Artikel von Theodor Eschenburg zur Kanzlernachfolge nicht in der Wochenzeitung »Die Zeit« gedruckt werden, weil »Zeit«-Chefredakteur Müller-Marein und »Zeit«-Verleger Gerd Bucerius sich an Erhard gebunden fühlten.⁴⁵

3.3 Folge der Nachfolgediskussion für die Umfrageforschung: Demoskopie-Kritik

Die damals ohnehin zur Demoskopie-Skepsis neigende Presse nahm die widersprüchlichen Ergebnisse von EMNID und Allensbach begierig auf, um zu meist undifferenziert die gesamte Methode der Demoskopie zu verdammen. Unter der Überschrift »Demoskokratie« erschien allein in 15 regionalen Tageszeitungen ein Artikel, der die Demokratie durch die Demoskopie gefährdet sah: »Immer wieder gelangen da demoskopische Ergebnisse an die Öffentlichkeit, die in unzulässig-suggestiven Formulierungen gipfeln. Ob da nun Schröder mächtig aufholt oder Erhard klar in Front liegt ...: Zwangsläufig tritt

44 K. G. von STACKELBERG, *Souffleur* (wie Anm. 11), S. 157. Die Nutzung von Umfragen sei mitunter das »Anliegen aller Stellen, welche die öffentliche Meinung beeinflussen und an deren Reaktionen sie aus erwerbswirtschaftlichen, kulturellen und politischen Gründen interessiert sein müssen«, meinte der wissenschaftliche Leiter von EMNID, Friedrich LENZ, *Meinungsforschung in Deutschland. Eine kurze Darstellung von Ergebnissen, Methoden und Erkenntniswert wissenschaftlicher Erforschung der öffentlichen Meinung*, Stuttgart 1950, S. 8.

45 Theodor ESCHENBURG, *Letzten Endes meine ich doch. Erinnerungen 1933–1999*, Berlin 2000, S. 176; vgl. Ralph DAHRENDORF, *Liberal und unabhängig. Gerd Bucerius und seine Zeit*, München 2000, S. 137–140.

ein werbender Effekt hinzu: Nüchterne Statistik wird ungewollt zum Appell. Das aber kann verhängnisvoll sein, wenn es klare demokratische Spielregeln verletzt.«⁴⁶ Den Umfragen zweier Meinungsforschungsinstitute gab die »Kasseler Post« die Schuld, dass die Nachfolgediskussion nur noch von der Beliebtheit der Politiker geprägt sei, während Eignungskriterien für das Amt des Bundeskanzlers, wie Stetigkeit, Führungsstärke und fachliche Qualifikation, kaum eine Rolle spielen. Der »Münchener Volksbote« forderte gar, »die kindischen demoskopischen Rundfragen« einzustellen.⁴⁷

Auch die »Stuttgarter Zeitung« kritisierte am 13. März 1963 zunächst alle Demoskopien als »Hilfstruppen« der jeweiligen Lager im »Diadochenkampf um den Kanzlersessel«. Doch besonders die vom Bundeswirtschaftsministerium betriebene Mediendemoskopie, die permanent öffentlich präsentierten günstigen Erhard-Daten, waren Zielscheibe der Vorwürfe: »So sind wir auf dem besten Wege, die Demokratie durch die Demoskopokratie zu ersetzen. In dieser Art von »Staatsform« scheint es üblich zu sein, dass sich ein Ministerium, dessen wirtschaftspolitische Untätigkeit weithin beklagt wird, der Karriere seines Ministers widmet.«⁴⁸ Noch schärfer kommentierten die »Bremer Nachrichten« am 14. März 1963: »... wenn das Befragungsergebnis des einen Instituts nicht im Sinne Erhards ausfällt, wird flugs das bessere eines Konkurrenzunternehmens veröffentlicht. Glaubt der Bundeswirtschaftsminister wirklich, sich und seiner Sache mit solchen Späßchen einen Dienst zu erweisen?«⁴⁹

Erich Peter Neumann, als Mitglied der Unionsfraktion im Vierten Bundestag von 1961 bis 1965 selbst umtriebiger politischer und demoskopischer Akteur in der Diskussion um die Nachfolge Adenauers, hat die problematischen Folgen einer unkritischen Demoskopie-Gläubigkeit bei Politikern und einer taktischen Veröffentlichung von vermeintlich brandaktuellen Zahlen ebenfalls gesehen: »Es gilt innerhalb der Unions-Parteien weitgehend als selbstverständlich, dass die Anwartschaft auf das Kanzler-Amt nach Adenauer durch die Popularität des Kandidaten begünstigt werden müsse. Diese Auffassung hat Umfrage-Ergebnissen zu diesem Thema immer eine gewisse Bedeutung gesichert, meist ohne Prüfung der Voraussetzungen, unter denen sie stattgefunden haben. Denn es ist keineswegs so, dass die westdeutsche Bevölkerung auf die Beantwortung dieser Frage hinreichend präpariert ist und konsequent zu

46 Adam MENSCH, *Demokratie...*, in: *Badisches Tagblatt*, 28.3.1963 und in weiteren 14 regionalen Tageszeitungen.

47 »Ab zu den Rosen?«, in: *Kasseler Post Stadttausgabe*, 15.3.1963; »Die Führungskrise der CDU«, in: *Volksbote, München*, 9. März 1963.

48 »Kampf der Demoskopien«, in: *Stuttgarter Zeitung*, 13.3.1963. Winfried MARTINI, »Demoskopische Republik«, in: *Eßlinger Zeitung*, 30.3.1963 kritisierte ähnlich scharf die Demoskopie, konzedierte aber die differenzierten Umfragen zur Kanzlerfrage des Allensbacher Institut.

49 Walter STEINHAGE, »Zahlenspiegel«, in: *Bremer Nachrichten*, 14.3.1963.

einem einmal eingenommenen Standpunkt hält.«⁵⁰ Neumann verwahrte sich dagegen, dass die Umfrageergebnisse zur Kanzlernachfolge durch Dauerveröffentlichungen zu einem Quasi-Plebiszit stilisiert werden, weil die Antworten zu schwankend seien, um sie zur Abstimmung der Bevölkerung in einer so wichtigen politischen Personalentscheidung aufzuwerten.

4. Die Beratung Konrad Adenauers in der Nachfolgefrage durch Erich Peter Neumann im Frühjahr 1963

4.1 Eintreten für Gerhard Schröder als Kanzlernachfolger

Wohl wissend, dass die sogenannte Abstimmungs-Demoskopie nur das halbe Bild zeigt, fragte das Allensbacher Institut nicht nur stereotyp nach der Zustimmung zu Erhard als Kanzlernachfolger, sondern ermittelte die Bevölkerungsmeinung auch zur kaum diskutierten Alternative: Sollte Erhard Wirtschaftsminister bleiben oder Kanzler werden? Die Mehrheit wünschte nun den Verbleib Erhards in seinem Amt.

Tabelle 1: Erhard soll Wirtschaftsminister bleiben

Frage an die bundesdeutsche Bevölkerung ab 16 Jahre (mit West-Berlin): »Die einen sagen, wenn Adenauer sein Amt abgibt, dann sollte Erhard Bundeskanzler werden, und andere sagen, es wäre besser für uns, wenn Erhard Wirtschaftsminister bliebe. Wenn es nach Ihnen ginge: Sollte Erhard Bundeskanzler werden oder Wirtschaftsminister bleiben?« (Angaben in Prozent)	
	Bevölkerung insgesamt
Wirtschaftsminister bleiben	50
Bundeskanzler werden	18
Unentschieden, weiß nicht	32

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 1072 (Dezember 1962)

Dieses Ergebnis sahen Elisabeth Noelle-Neumann und Erich Peter Neumann als Indiz, dass Erhard seine Bekanntheit, sein Prestige und seinen Vertrauensvorsprung in der Bevölkerung erhalten hat durch seine wirtschaftspolitischen Leistungen. Mit ihm verband der Großteil der Bevölkerung den erlangten Wohlstand. Wenn Erhard nun in den üblichen Abstimmungsfragen nach dem geeigneten Kanzlernachfolger hohe Werte erhielt, so transportierte die Mehr-

⁵⁰ ALLA, Bonn-Bericht, Nr. 553, 15.1.1963: Probleme der Nachfolge Adenauers, S. 6.

heit der Bevölkerung Erhards Bekanntheit und Image als Vater des Wirtschaftswunders in die Antworten auf die Fragen nach dem geeignetsten Kanzlernachfolger mit hinein. Erhards demoskopischer Vorsprung resultierte also weniger aus der Überzeugung, er sei ein auf allen politischen Feldern ausgewiesener qualifizierter Kanzlerkandidat, sondern aus der unbewussten Sehnsucht, dass dieser beliebte Politiker erst recht für die Fortsetzung des Wohlstandes steht, wenn er das zweithöchste Staatsamt übernimmt. Andere Politiker, deren Image weniger auf solchen Wünschen beruhte, hatten daher kaum eine Chance.

Neumann kannte die Macht des Irrationalen in der Politik. Gleichwohl versuchte er, Gerhard Schröder, den er aus eigener Erfahrung als führungsstärker, diplomatisch versierter und innenpolitisch kenntnisreicher hielt, als Kanzlerkandidaten ins Gespräch zu bringen, zumal die Allensbacher Umfragewerte für Schröder stetig stiegen. Erhards politischen Platz verortete Neumann nach wie vor im Wirtschaftsministerium. Zudem sprach Neumann Erhard, den er spätestens seit den Allensbacher Umfragen zur Währungsreform im Juni 1948 kannte⁵¹ und ihn als Mitglied der Unionsfraktion im Bundestag häufig aus der Nähe erlebte, die administrativen Fähigkeiten und das nötige rhetorische Geschick zur Führung des Kanzleramts ab. Neumann kritisierte, dass Erhards Selbstgewissheit über den rechten politischen Weg leicht in eine Selbstgerechtigkeit und Wagenburgmentalität ableiten konnte.⁵² Ausdruck dessen war die sogenannte »Brigade Erhard«, ein abgeschlossener Beraterzirkel um Erhard mit Ludger Westrick, Staatssekretär Hohmann und Johannes Gross. Trotz dieser Einwände gegen einen Bundeskanzler Erhard verteidigte Neumann Erhards wirtschaftspolitische Leistungen gegen Adenauers Vorbehalte, so z. B. bei seinem Besuch in Cadenabbia im März 1963: Adenauer: »Die Leute sind gegenüber der Wirtschaft misstrauisch und sagen, wenn der Bundeskanzler aus der Wirtschaft kommt, da kommen die Interessengruppen gleich mit.« Dagegen hielt Neumann: »Erhard hat sich aber doch oft genug mit den Interessenten angelegt.«⁵³

Doch so sehr Neumann in dieser Frage eine feste Überzeugung hatte, so diskret und vorsichtig musste er in der politischen Beratung für Schröder werben. Der Allensbacher Demoskop wusste, dass der kühle Politprofi Schröder, zwar im Evangelischen Arbeitskreis der Union organisiert, eine geringere Unterstützung innerhalb der Partei hatte als Erhard, der im Wirtschaftsministerium seinen ganzen PR-Apparat und innerhalb der Partei zahllose Anhänger

51 AllA, IfD-Bericht 2 Sonderumfrage Währungsreform I 26.–30. Juni 1948. IfD-Bericht 3 Sonderumfrage Währungsreform II 17.–22. Juli 1948 im Auftrag Ludwig Erhards.

52 AllA, NL EPN Briefe und Notizen 1959–1969. In ähnlicher Beurteilung Erhards als freischaffender Künstler: T. ESCHENBURG, (wie Anm. 46), S. 175.

53 AllA, NL EPN (wie Anm. 13), S. 19.

für seine Kanzlerpläne mobilisieren konnte. Neumann schätzte Erhard auch keineswegs so unbedarft und passiv bei der eigenen Karriereplanung ein wie Volker Hentschel in seiner Erhard-Biographie.⁵⁴ Dieses realistische Urteil des Allensbacher Demoskopien über den Wirtschaftsminister fußte auf der Kenntnis von der Rücktrittsdrohung Erhards im Dezember 1962 während der Koalitionsverhandlungen mit der FDP. Damit wollte Erhard von Adenauer die Nennung seines definitiven Rücktrittstermins erzwingen, zumal keiner der Koalitionäre ein Kabinett ohne Erhard bilden wollte.⁵⁵ Wohl unter diesem Druck Erhards, sich als Symbolgestalt des westdeutschen Wiederaufbaus nicht mehr zur Verfügung zu stellen, und der FDP nannte Adenauer den Herbst 1963 als Rücktrittstermin. So bestimmte Erhard den Zeitplan und Diskussionsverlauf der Nachfolgeregelung wesentlich mit, während sich Schröder bedeckt hielt und abwartete, zumal der Außenminister als Wortführer der sogenannten Atlantiker nicht oder nur sehr zögerlich die Rückendeckung Adenauers erhielt, der zuletzt besonders auf Frankreich und Präsident de Gaulle als außenpolitischen Partner der Bundesrepublik setzte.

So wenig aussichtsreich die strategische Ausgangslage für den Außenminister war, in der Kanzlernachfolgediskussion an Boden zu gewinnen, so schwach war auch die Position des für Schröder eintretenden politischen Beraters. Neumann versuchte gleichwohl, zugunsten Schröders Einfluss zu nehmen, indem er mit den wichtigsten Entscheidungsträgern in dieser Frage informelle Gespräche führte oder korrespondierte. Trotz seines schleichenden Autoritätsverfalls in der Fraktion war schon aufgrund der langen Beratertätigkeit der Bundeskanzler der erste Ansprechpartner für Neumann. Bereits am 22. März 1963 sandte er Adenauer die jüngsten Allensbacher Daten über die Haltung der Bevölkerung zur Kanzlernachfolge zu und bot sich für ein Gespräch an, das dann am 29. März in Cadenabbia stattfand.⁵⁶ Hier am Comer See sprach sich Neumann ganz vorsichtig, gleichsam unterschwellig und zwi-

54 So heißt es bei V. HENTSCHEL (wie Anm. 3), S. 403, 405 spöttisch über die vermeintliche Passivität des Wirtschaftsministers: »Erhard tat nichts, das Erlösung [in der Nachfolgediskussion – NG] bringen konnte. Er wartete darauf, dass die Erlösung über ihn käme und ihm dann gutgeschrieben würde; etwa so, wie das Wirtschaftswunder über ihn gekommen und ihm gutgeschrieben worden war.«

55 AIIA, NL EPN, Schriftwechsel MdB, Bd. 3. Hier befindet sich der Brief Adenauers an den ihm loyal ergebenen Staatsminister a.D. Adolf Süsterhenn vom 15.3.1963: »Ich möchte nur folgendes klarstellen: Während der Dezember-Krise mit der FDP sagte mir Bundesminister Erhard, er werde nicht in dem Kabinett bleiben, wenn nicht der Vorstand der Fraktion mich zwingt, einen Termin zu nennen, zu dem ich ausscheiden werde.« Diesen Brief ließ Süsterhenn Erich Peter Neumann zukommen, der sich am 21. März dafür bedankte. In den wichtigen Vorstands- und Fraktionssitzungen der ersten Dezemberwoche 1962 schwieg Erhard zur heiklen Frage – nicht aus Schwäche, sondern aus Kalkül, wie man nun weiß.

56 AIIA, NL EPN, Schriftwechsel MdB, Bd. 3 Neumann an Adenauer, 22.3.1963.

schen den Zeilen, für Gerhard Schröder als Kanzlernachfolger aus. In dem langen Gespräch machte das Thema »Schröder« nur einen Bruchteil aus. Beide umkreisten das heiße Eisen »Schröder als Kanzlernachfolger« eher. Sie ließen sich erst über den schlechten Wahlkampf und Wahlausgang in Berlin aus und sprachen dann die Mitgliederwerbung und die notwendige Reorganisation der CDU an. In der Nachfolgedebatte stellten sie verschiedene andere, längst ad acta gelegte Szenarien voran, etwa dass Heinrich Krone als Übergangskanzler gleichsam den politischen Nachlass von Adenauer verwalten sollte, bis ein geeigneter Kandidat gefunden wäre, oder der Fraktionsvorsitzende Heinrich von Brentano das Amt übernimmt.⁵⁷ Inmitten dieses Wechselspiels testete Adenauer auch die Resonanz auf seine Pläne, seinen Rücktritt aufzuschieben. Doch Neumann sprach diesem Wunsch energisch jede Aussicht auf Realisierung ab, so dass Adenauer sofort zurückzog.

Zurückhaltend begann Neumann dann mit der Vorlage der Allensbacher Daten, die eine Zustimmung zu Schröder als Kanzlernachfolger auswiesen. »Nach unseren Umfragen ist Schröder rasch und ständig nach vorne gerückt.« Und weiter: »Ich zeigte ihm [Adenauer] eine Tabelle, auf der Schröder von 24 Prozent der Befragten ausgewählt worden war. – »Da hat er ja eine gute Position«, sagte Adenauer.«⁵⁸ Ermutigt durch diese Bemerkung wagte Neumann die direkte Frage: »Wie würden Sie dazu stehen, wenn Schröder Kanzler wird?« Adenauer zögerte lange, Neumann spürte Unbehagen beim alten Kanzler aufsteigen. Etwas unwillig attestierte Adenauer zwar, Schröder sei ein tüchtiger Mann, kritisierte aber im gleichen Atemzug, dass der langjährige Ex-Innenminister Schröder die Bedeutung und Verantwortungsschwere des Außenamts noch nicht erfasst habe – ein Hinweis auf die mangelnde Erfahrung Schröders, die nicht zum Kanzleramt qualifiziere. Neumann verteidigte die innen- und außenpolitischen Leistungen Schröders – ohne großen Erfolg, denn Adenauer beharrte trotzig auf seinen Vorbehalten. Erst als Neumann Schröders vollständig loyale, geradlinige und mutige Haltung zugunsten der CDU und gegen die SPD herausstrich, schien Adenauer weich zu werden. Neumann erinnerte daran, »dass Schröder eigentlich immer für die Regierung gefochten hat, auch wenn die anderen Minister schwiegen. Das muss man sich doch gerade jetzt wieder vor Augen führen; denn Ihr Nachfolger muss ja genau so kämpfen können in entscheidenden Augenblicken wie Sie es getan haben...« Adenauer überlegte einen Augenblick, so notiert Neumann, und sagte: »Damit haben Sie ganz

57 Nach J. LUKOMSKI (wie Anm. 7), S. 252 befürwortete Adenauer gegenüber dem »Welt«-Redakteur Graf von Finkelstein eher Krone, von Brentano oder auch Schröder als Kanzler. Nach F. BÖSCH (wie Anm. 3), S. 346 gab es in Reihen der Union Überlegungen, aus konfessionellen Gründen das Gespann Schröder (evangelisch) und von Brentano (katholisch) als Nachfolger von Adenauer/Erhard aufzubauen.

58 AIIA, NL EPN (wie Anm. 13); S. 14f.

recht.« Doch als sich der Allensbacher Demoskop dann deutlich für Schröder ins Zeug legte und betonte, dass Schröders Vorzüge seine Bescheidenheit und sein Verantwortungsbewusstsein gegenüber hohen politischen Ämtern seien, brach Adenauer ab und »gab ... dem Gespräch eine andere Wendung.«⁵⁹

Neumanns Versuch, Adenauer für eine Kanzlerkandidatur Schröders einzunehmen, war zwar nicht gescheitert, allerdings auch ohne erkennbaren Erfolg geblieben. Adenauer blieb unentschlossen und am Ende zu zögerlich, um Schröder als einzig ernst zu nehmenden möglichen Gegenkandidaten aufzubauen. Die zwei »nebeneinander herfahrenden Züge«⁶⁰, Adenauer und Schröder, konnte auch Neumann nicht auf ein Gleis bringen. Gleichwohl zeigte sich Adenauer von den Argumenten seines demoskopischen Beraters nicht unbeeindruckt. Als wenige Tage vor der entscheidenden Fraktionssitzung Heinrich von Brentano am 14./15. April in Cadenabbia eintraf, argumentierte Adenauer gegenüber dem Fraktionsvorsitzenden ähnlich für Schröders Kandidatur wie Neumann zwei Wochen zuvor.⁶¹ Zunächst habe er, so Adenauer, auch geglaubt, Schröder sei zu jung und unerfahren. Doch zuletzt habe der Außenminister sich doch sehr entwickelt, sein Ansehen im Ausland wie im Inland sei »erheblich angewachsen«. Diese Bemerkung weist auf Allensbacher Daten hin, die dieses gestiegene Ansehen im Inland am deutlichsten auswiesen. Zudem habe sich Schröder, so Adenauer weiter, in Gesprächen nicht nach dem Amt gedrängt – dieses Argument der Bescheidenheit hatte auch Neumann genannt in Abgrenzung zu den ehrgeizigen Kanzlerambitionen Erhards. Auf Neumann selbst beruft sich Adenauer in seiner Parteinahme für Schröder allerdings nicht, sondern auf den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Meyers und den evangelischen Bischof Hermann Kunst.

Doch der Fraktionsvorsitzende der Union weiß nun, woher der Wind weht, wie Hans-Peter Schwarz in seiner Adenauer-Biographie schreibt.⁶² Schröder soll gegen Erhard als Kanzlernachfolger aufgebaut werden. Von Brentano weiß dies um so mehr, weil Neumann ihm bereits am 6. März die Allensbacher Umfragedaten mit dem fallenden Trend für Erhard und dem Anstieg für Schröder zugesandt hatte, vordergründig, um die verwirrende Darstellung der demoskopischen Daten in der Presse richtig zu stellen, doch vor allem wohl auch, um gegen die EMNID-Daten, die der Fraktion vorlagen, ein Gegengewicht zu schaffen.⁶³ Dies war ein schwacher und vergeblicher Versuch Neumanns,

59 Ebd., S. 15–17.

60 T. OPPELLAND (wie Anm. 3), S. 485.

61 ACDP 01-070-003/4 (NL Globke), Aufzeichnung über von Brentanos Besuch bei Adenauer am 14./15. April 1963.

62 H.-P. SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann* (wie Anm. 3), S. 835f.

63 ALLA, NL EPN, Schriftwechsel MdB, Neumann an von Brentano, 6.3.1963.

von Brentano informell mit demoskopischen Ratschlägen von Schröders Chancen zu überzeugen. Doch Neumanns ohnehin schwache Hoffnung hatte getrogen. Im Gegenteil: Nach dem Gespräch bei Adenauer und im Besitz der Allensbacher Daten war von Brentano nun so informiert, dass er eine mögliche Willensbildung zugunsten Schröders unterbinden musste, sollte Ludwig Erhard wie angestrebt das Kanzleramt übernehmen. So forcierte er den Abstimmungstermin der Fraktion, die sich eine Woche nach von Brentanos Besuch bei Adenauer für Erhard entschied.

Lag es an der demoskopischen Beratung, an den politischen Akteuren oder eher am schon nahezu unwiderruflich vorangeschrittenen Entscheidungsprozess zugunsten Erhards, dass Neumann mit seiner Argumentation für eine Kanzlerkandidatur Schröders keinen Erfolg hatte? Wenngleich Neumann Adenauer partiell für Schröder einnehmen konnte, so gelang es ihm nicht, die Fraktionsführung zu überzeugen, dass sie die Kanzlernachfolge aufgrund der demoskopischen Entwicklung zugunsten Schröders überdenke. Im Gegenteil sahen sich weite Teile der Fraktion nun veranlasst, den von ihnen favorisierten Ludwig Erhard erst recht zügig als Kandidaten zu nominieren.

Dass Neumanns Hinweise auf eine mögliche Kandidatur des Außenministers wirkungslos verhallen, lag nicht zuletzt am Zaudern von Schröder selbst. Zu unentschlossen und zweideutig vertrat er seine Ambitionen in der Überzeugung, dass Adenauers Nachfolger kaum aus dem mächtigen Schatten des ersten Kanzlers heraustreten könne. So hoffte er auf einen günstigeren späteren Zeitpunkt, indem die Kanzlerschaft mehr oder minder auf ihn zulaufen werde, wie er Neumann fünf Jahre später anvertraute.⁶⁴ Zudem schien Gerhard Schröder den Hinweis auf die wachsende Zustimmung in der Bevölkerung zu seiner eventuellen Kanzlerkandidatur zu missdeuten als Anzeichen, dass die Entscheidung nahezu automatisch ohne sein Zutun zu seinen Gunsten ausfallen werde. Doch Neumann hatte ihn nicht in demoskopischer Sicherheit wiegen wollen. Denn zu dem Zeitpunkt, als die Daten am günstigsten für Schröder standen, forderte Neumann ihn auf, um die Nachfolge Adenauers zu kämpfen: Hier schimmert das Dilemma des demoskopischen Beraters auf, der auf mögliche Entwicklungen hinweist, diese Hinweise aber die politische Entscheidungskraft und -fähigkeit nicht ersetzen, sondern gleichsam erst fordern. In diesem Sinn antwortete Neumann auf Schröders unterschwellige Vorwürfe:

»Ich erwiderte, dass ich ihn nicht optimistisch gestimmt, sondern ihm gezeigt hätte, wie gut seine Position in der Öffentlichkeit sei, und ich hätte ihn mit Nachdruck ersucht, nun etwas für den Ausbau seiner Position zu tun –

64 AIIA, NL EPN: Briefe und Notizen 1959–1969. Die Gespräche mit Schröder 1968 schildert Neumann seiner Frau Elisabeth Noelle-Neumann am 22. und 24.3.1968.

und er habe nichts getan, sondern mir mehrmals entgegengehalten, an Erhard komme man nicht vorbei.«⁶⁵

4.2 Geschichtspolitisch motivierte Pläne eines würdevollen Rücktritts Adenauers⁶⁶

Während die Nachfolgediskussion sich vorwiegend um Erhard und Schröder drehte und Adenauer darin eher als halsstarrig und amtsversessen vorkam, setzte Neumann als langjähriger loyaler Berater seine demoskopischen Erkenntnisse auch ein, um einen ehrenvollen Abschied Adenauers aus dem Kanzleramt zu erreichen.

Was hielt die westdeutsche Bevölkerung am Jahreswechsel 1962/63 von ihrem langjährigen Kanzler? Im Dezember 1962 zeigten die Allensbacher Umfragedaten klar, dass zwei Drittel der Bevölkerung den Rücktritt von Konrad Adenauer vom Amt des Bundeskanzlers wünschten (Tabelle 2). »Die Stimmung im Land, die Adenauers Rücktritt als Bundeskanzler forderte, war bis zum Dezember 1962 übermächtig geworden«, schilderte Elisabeth Noelle die politische Atmosphäre.⁶⁷

Tabelle 2: Adenauer soll bald abtreten

Frage an die bundesdeutsche Bevölkerung ab 16 Jahre (mit West-Berlin): »Was meinen Sie – sollte Adenauer sein Amt als Bundeskanzler bald abgeben, oder sollte er noch möglichst lange Bundeskanzler bleiben ?« (Angaben in Prozent)		
	Bevölkerung insgesamt	CDU/CSU-Anhänger
Bald abgeben	67	52
Möglichst lange bleiben	13	29
Unentschieden, weiß nicht	20	19

Quelle: Allensbacher Archiv, Bonn-Bericht, Nr. 553 (Dezember 1962)

⁶⁵ Ebd., Neumann an Noelle-Neumann, 22.3.1968.

⁶⁶ Geschichtspolitik wird definiert als Versuch, »bestimmten Geschichtsbildern weitmögliche Geltung innerhalb einer Gesellschaft zu verschaffen, ja bindende Entscheidungen beim Umgang mit der Vergangenheit zu treffen.« Edgar WOLFRUM, »1968« in *der gegenwärtigen deutschen Geschichtspolitik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 22–23/25.5.2001, S. 28–36, hier S. 30.

⁶⁷ E. NOELLE-NEUMANN, *Konrad Adenauer* (wie Anm. 13), S. 150.

Rufe nach dem Abschied Adenauers als Bundeskanzler ermittelte das Allensbacher Institut schon im Sommer 1956. Diese Rufe wurden lauter nach der Bundestagswahl 1961, in der die Union zwar erneut als stärkste Partei bestätigt wurde, die absolute Mehrheit von 1957 aber deutlich verlor.⁶⁸ Am Jahreswechsel 1962/63 sagten denn auch 52 Prozent der Unionsanhänger, Adenauer solle sein Amt bald abgeben (vgl. Tabelle 2). Diese Haltung der Bevölkerung machte neben der genannten Rücktrittsdrohung Erhards, den Rücktrittsforderungen der FDP und der Willensbildung in der Unionsfraktion für einen Kanzlerwechsel die Verschiebung von Adenauers Demission unmöglich.

Doch so sehr die Bundesbürger 1962/63 einen anderen Kanzler wünschten: Das Allensbacher Institut ermittelte trotz »Spiegel«-Affäre, Koalitionskrise im Spätherbst 1962 sowie medialer Negativberichterstattung keineswegs einen Totaleinbruch der Zustimmung der Bevölkerung zur Politik Adenauers. Zwar schwankten die Antworten auf die Allensbacher Frage: »Sind Sie im großen und ganzen mit der Politik Adenauers einverstanden oder nicht einverstanden?«: Im Dezember 1962 erklärten immerhin 40 Prozent ihr Einverständnis mit Adenauers Politik, sogar 47 Prozent im Januar/Februar 1963 und wieder

Tabelle 3: Einverständnis mit der Politik Adenauers

Frage an die bundesdeutsche Bevölkerung ab 16 Jahre (mit West-Berlin): »Sind Sie im großen und ganzen mit der Politik Adenauers einverstanden oder nicht einverstanden?« (Angaben in Prozent)				
	Bevölkerung insgesamt			CDU/CSU- Anhänger
	Nov. 1962	Jan./Feb. 1963	Feb./Mrz. 1963	Nov. 1962
Einverstanden	40	47	39	74
Nicht einverstanden	29	25	30	9
Unentschieden, kein Urteil	31	28	31	17

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 1071, 1073, 1074

⁶⁸ Erich Peter NEUMANN/Elisabeth NOELLE, *Umfragen über Adenauer. Ein Porträt in Zahlen*, Allensbach, Bonn 1961, S. 74f. Vgl. ACDP 01-070-006/1: Schon kurz nach der Bundestagswahl 1961, am 31.10., informierte Neumann streng vertraulich und besorgt Staatssekretär Globke über die neuen Allensbacher Daten, dass 57 Prozent Erhard und 24 Prozent Adenauer als Kanzler wünschten.

39 Prozent im Februar/März.⁶⁹ Die Anhänger der CDU/CSU waren im November 1962 jedoch recht geschlossen mit der Politik des Bundeskanzlers einverstanden (Tabelle 3).

Dass 43 Prozent der Bevölkerung und fast drei Viertel der Unionsanhänger sich für die Fortsetzung von Adenauers Politik auch nach dem Kanzlerwechsel aussprachen, zeigt den weit verbreiteten Wunsch nach politischer Sicherheit und Kontinuität (Tabelle 4).

Tabelle 4: Adenauers Politik soll auch sein Nachfolger fortsetzen

Frage an die bundesdeutsche Bevölkerung ab 16 Jahre (mit West-Berlin): »Eine grundsätzliche Frage ist ja, ob ein Nachfolger die Politik Adenauers fortsetzen soll oder nicht. Was ist Ihre Ansicht: Sollte die Politik Adenauers fortgesetzt werden, oder sollte sein Nachfolger eine andere politische Linie einschlagen?« (Angaben in Prozent)		
	Bevölkerung insgesamt	CDU/CSU-Anhänger
Politik Adenauers fortsetzen	43	73
Andere politische Linie	20	10
Unentschieden	27	17

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 1072 (Dezember 1962)

Diese Wertschätzung für die Politik des ersten bundesdeutschen Kanzlers korrespondiert mit der – gewiss auch verklärenden – Anerkennung Adenauers, der unter den Westdeutschen als derjenige Staatsmann galt, der am meisten für sein Land getan hat. Zu Beginn von Adenauers Kanzlerschaft galt dies in den Augen der Bundesbürger noch eher für Bismarck, und sogar Hitler rangierte vor Adenauer.⁷⁰ Die Anerkennung, den Respekt und vielleicht auch die Dankbarkeit der Westdeutschen gegenüber der Politik Adenauers versuchte Neumann zu nutzen, um einen ehrenvollen Wechsel des Bundeskanzlers zu erreichen. Er wollte die häufigen Ehrverletzungen in der Nachfolgedebatte vergessen machen und die wichtigen psychologischen Instrumente im Kalten

69 Vgl. Elisabeth NOELLE/Erich Peter NEUMANN (Hg.), *Jahrbuch der öffentlichen Meinung*, Bd. 3, Allensbach, Bonn 1965, S. 304–305.

70 Elisabeth NOELLE-NEUMANN, *Konrad Adenauer und die öffentliche Meinung 1949 bis 1976*, in: Dieter BLUMENWITZ u. a. (Hg.), *Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers*, Bd. 2: *Beiträge der Wissenschaft*, Stuttgart 1976, S. 523–554.

Krieg, die politische Kultur und die Symbolik des im engen Wortsinn geschichtslosen westdeutschen Provisoriums, stärken, indem Adenauer in exponierter Position erhalten bliebe. Daher schlug Neumann in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift »Die politische Meinung« im Herbst 1962 der CDU-Bundestagsfraktion vor, Adenauer als Kandidaten der Union für die 1964 anstehende Wahl zum Bundespräsidenten zu ernennen und bis dahin als Kanzler im Amt zu belassen.⁷¹ Dieser Vorschlag stieß nicht nur auf heftige Ablehnung durch den Fraktionsvorsitzenden Heinrich von Brentano, der auf innerparteiliche Disziplin drängte, um selbst die Nachfolge Adenauers zu beeinflussen.⁷² Neumanns Initiative zog auch scharfe Angriffe durch die SPD auf sich. Sie warf dem Allensbacher Demoskopener vor, er wolle mit seinem Vorschlag und mit Hilfe einer Umfrage, die eine Zustimmung von 76 Prozent zur möglichen Bundespräsidentschaft Adenauers ergeben habe, ein autokratisches Regierungssystem nach dem Vorbild de Gaulles und Francos etablieren.⁷³ Neumann bestritt die Durchführung einer derartigen Umfrage, die auch im Allensbacher Archiv nicht existiert. Doch trotz des scharfen Gegenwindes blieb er bei seinem Vorschlag und unterbreitete ihn Adenauer noch einmal ausführlich bei seinem Besuch in Cadenabbia im März 1963. Neumann begründete seinen Plan:

»Wir müssen, wenn Sie als Kanzler abtreten, uns die Situation vorstellen: Ihre Regierungszeit hat dann so lange gedauert, wie die Weimarer Republik, und länger als das Dritte Reich. Sie haben, und ich möchte das ganz drastisch sagen, die Aufgabe, die Kontinuität zwischen der Periode Adenauer und dem, was nach ihr – nach Ihnen, Herr Bundeskanzler – kommt, herzustellen, sonst wird der Staat gefährdet. Vergessen wir doch nicht, dass neben und hinter uns eine Generation aufgewachsen ist, die sich die Verhältnisse von 1945 nicht mehr vorstellen kann. Sie sind das Symbol des demokratischen Deutschland – Sie müssen Ihr eigenes Denkmal werden.« – Adenauer antwortete: »Sie sind ein großer Versucher, Herr Neumann. Nun hatte ich mich schon ganz mit dem Gedanken befreundet, dass ich im Herbst ausscheide – ich wollte dann ein Buch schreiben – und jetzt stellen Sie mir die Dinge so dar, wie ich sie noch nicht gesehen habe.«⁷⁴

Mit dieser geschichtspolitischen und -symbolischen Begründung einer verklausuliert empfohlenen Bundespräsidentschaft Adenauers ging Neumann

71 Erich Peter NEUMANN, *Der dritte Bundespräsident. Ein Konzept*, in: *Die politische Meinung* 8 (1962) Nr. 77, S. 15–20.

72 »Brentano nennt die Diskussion über Adenauer peinlich«, in: *FAZ*, 1.10.1962. »Neumanns Privatmeinung«, in: *Stuttgarter Nachrichten*, 3.10.1962.

73 SPD-Pressedienst in Auszügen abgedruckt u. a. »Meinungsumfrage von Adenauer selbst angeregt?«, in: *Hannoversche Rundschau*, 2.10.1962; »Private Meinungsumfrage des Kanzlers über Amtswechsel?«, in: *Die Welt*, 2.10.1962.

74 AIIA, NL EPN (wie Anm. 13), S. 12f.

über die kurzatmige und perspektivlose Diskussion um den Kanzlerwechsel hinaus, fand jedoch auch hier keine Mehrheit in der Fraktion, zumal Adenauer nach seiner Kanzlerschaft der CDU-Parteivorsitz verblieb.

5. Fazit und Ausblick

Mit dem ersten Kanzlerwechsel der Bundesrepublik stand die Demoskopie im Brennpunkt der Medienöffentlichkeit wie sonst nur vor Bundestagswahlen. Zwar wurden im Frühjahr 1963 die heutigen Ausmaße der Mediendemoskopie noch nicht erreicht, aber Vorläufer-Tendenzen sind unverkennbar. Die Kontroverse um die Ergebnisse der Umfrageforschung entstand, weil die politischen Protagonisten sich in der Diskussion um die Kanzlernachfolge der empirischen Sozialforschung bedienten um der eigenen politischen Ambitionen willen. Das hat dem wissenschaftlichen Anspruch der Umfrageforschung eher geschadet als genutzt.

Wenn jedoch die Zeitgeschichte die Demoskopie mehr berücksichtigt und deren Ergebnisse nicht nur unreflektiert als Quellenschmuck für die eigene vorgefertigte Aussage gebraucht hätte, dann hätte u. a. das Erhard-Bild sich wandeln müssen. Bislang galt der Mann mit der Zigarre als Opfer Adenauerischer Intrigen in der Kanzlernachfolgedebatte oder wurde zuletzt sogar als beinahe gutmütiger politischer Trottel charakterisiert. Dass der Wirtschaftsminister und vor allem sein geschlossener Beraterkreis, die »Brigade Erhard« um Karl Hohmann, selbst umtriebige Akteure der Öffentlichkeitsarbeit waren, zeigt dieser Aufsatz. Sie wussten Umfragedaten von EMNID geschickt in den Printmedien zu lancieren und so die Botschaft präsent zu halten: Erhard ist der legitime Nachfolger Adenauers, an ihm führt kein Weg vorbei. Ihre Strategie, mit Hilfe der Mediendemoskopie ein Quasi-Plebizit vorzuspiegeln, ging insofern auf, weil die meisten Mitglieder der Unionsfraktion davon nicht unbeeindruckt blieben und über Erhards Zugkraft in der Bevölkerung die CDU wieder auf die Seite der Wahlgewinner bringen wollten. Dagegen war die demoskopische Öffentlichkeitsarbeit des Allensbacher Instituts und von Gerhard Schröder wesentlich zurückhaltender als die des Wirtschaftsministeriums. Der aufsteigende Trend in den Allensbacher Umfragewerten für Schröder drang zwar als Thema in die Presse ein und erschütterte den Versuch des Erhard-Lagers, die Zustimmung für den Wirtschaftsminister als wesentliches Argument für dessen Kanzler-Nachfolge zu präsentieren. Dadurch veränderte sich aber nicht Erhards Mediendominanz.

Neben der Mediendemoskopie wandten die beiden demoskopischen Kontrahenten, Karl Georg Freiherr von Stackelberg von EMNID und vor allem Erich Peter Neumann vom Allensbacher Institut, intensiv das Instrument der vertraulichen und informellen demoskopischen Beratung für den Auftraggeber an. In den entscheidenden Wochen bis zur Wahl Erhards zum Nachfolger Ade-

nauers versuchten beide, den entscheidenden Personen in der Partei- und Fraktionsspitze der Union die jeweiligen Umfragedaten als Argumentationshilfe für den unterschiedlich favorisierten Kandidaten zu präsentieren. Während dabei besonders von Stackelberg unverhohlen die veröffentlichten Umfrageergebnisse auch zur Überzeugung der einfachen Fraktionsmitglieder für Erhard und gegen Schröder einsetzte, plädierte Neumann indirekter in informellen Beratungsgesprächen für Schröder und arbeitete zudem auf Basis der Allensbacher Daten eigene Vorstellungen aus, unabhängig von der parteipolitischen Opportunität, wie der Kanzlerwechsel politisch ehrenvoll zu vollziehen sei. Unterlagen des Allensbacher Archivs zeigen ihn sowohl als selbstkritischen Demoskopen als auch als politischen Akteur in der Nachfolgedebatte. Die dabei erhobenen Allensbacher Daten waren die Grundlage für seine Meinungsbildung und seine Beratung Adenauers, den er am Ende nicht so erreichte, um die Kanzlernachfolge auf Schröder zulaufen zu lassen. Auch Schröder selbst nahm die ihm vorgelegten Allensbacher Daten nicht als Handlungsaufforderung an.

Deutlich wurde auch, dass das Allensbacher Institut die Daten zur Kanzlernachfolge im Rahmen des seit 1950 bis heute bestehenden Vertrags mit dem Bundespresseamt erhob, nicht für spezielle Ministerien, für die Unions-Fraktion im Bundestag oder für die CDU wie EMNID seit 1953. Im Gegenteil: Mit Partei und Fraktion bestand trotz der Mitgliedschaft Erich Peter Neumanns im Deutschen Bundestag ein potentiell spannungsreiches Verhältnis aufgrund der langjährigen informellen Beratung für Konrad Adenauer.⁷⁵ Weitere Forschungen über die Funktion der »Meinungsforschung in der Konkurrenzdemokratie« stehen hier noch aus und werden zur Geschichte der demoskopischen Politikberatung beitragen.⁷⁶

Ebenso ist zu wünschen, dass die Zeitgeschichte die Demoskopie als Quelle stärker berücksichtigt und dabei nicht nur auf Ergebnisse der Entscheidungsfragen »Sind Sie für oder gegen ...?« zurückgreift. Dann werden vergessene Alternativen und wirkungsmächtige Abläufe in politischen Entscheidungsprozessen erkennbar.

75 Dies spricht deutlich gegen gängige Annahmen, das Allensbacher Institut hänge am Auftragstropf der CDU. So zuletzt Frank DECKER, *Politische Meinungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach fünfzig Jahren*, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 11 (2001) Heft 1, S. 31–69. Dagegen schon 1963 E. NOELLE-NEUMANN/G. SCHMIDTCHEN (wie Anm. 26), S. 170.

76 Anja KRÜKE, *Meinungsforschung in der Konkurrenzdemokratie. Der Aufstieg der politischen Umfrageforschung und seine Auswirkungen auf den politischen Massenmarkt am Beispiel der SPD, 1945–1990*, in: Jörg CALLIESS (Hg.), *Die frühen Jahre des Erfolgsmodells BRD. Oder: Die Dekonstruktion der Bilder von der formativen Phase unserer Gesellschaft durch die Nachgeborenen*, Loccumer Protokolle 25 (2002), S. 105–107.